

internationaler tag der pressefreiheit

taz ♦ diensttag, 03 mai 2022

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN

taz panterstiftung

Ohne Pressefreiheit keine Freiheit. Unser Dank gilt allen Journalist*innen weltweit, die trotz Repressionen versuchen, frei und unabhängig zu berichten

Editorial

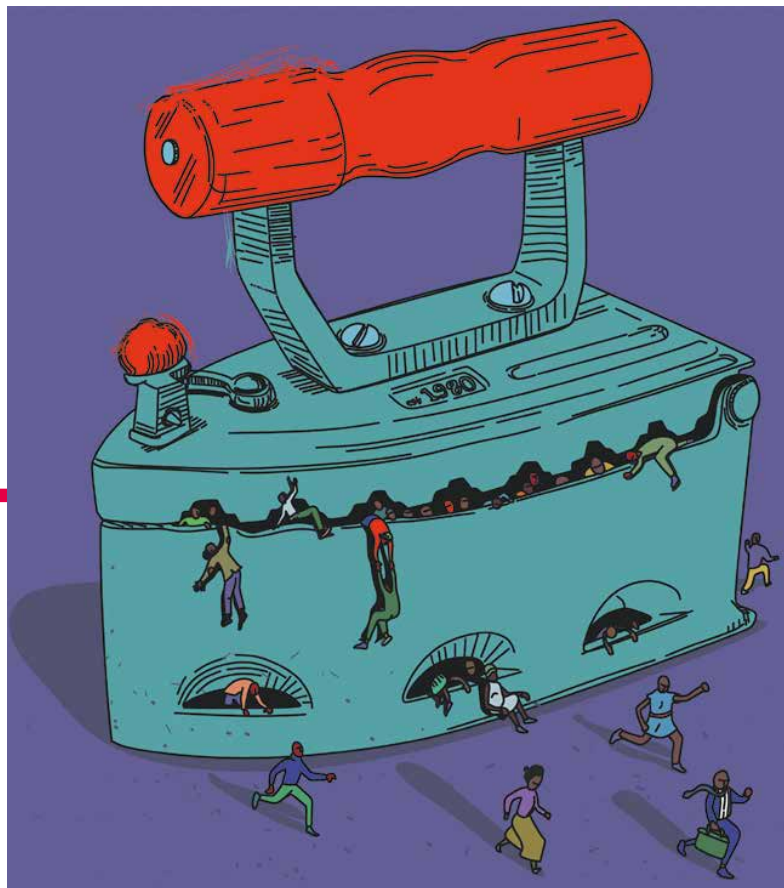
Bekanntlich gibt es keine Demokratie und keinen Schutz der Bürger- und Menschenrechte ohne Pressefreiheit. Sie ist dafür keine Garantie, aber eine Voraussetzung. Diese Freiheit ist immer stärkeren Beschränkungen unterworfen – durch Zensur, Einschüchterung und Gewalt, durch Monopolbildungen, Fake News, „alternative Fakten“ und Propaganda. Dabei ist auch hierzulande umstritten, ob etwa ein Verbot russischer Desinformationsmedien mit der hiesiger Pressefreiheit vereinbar ist.

Für die Panter Stiftung und Reporter ohne Grenzen hat es zuletzt einige Verschiebungen in der Arbeit gegeben. Plötzlich mussten Evakuierungen

afghanischer Kollegen samt Familien organisiert und russische Redaktionen über Nacht im Exil neu aufgebaut werden. Medienschaffende in der Ukraine brauchten auf einmal physischen Schutz und Journalisten anderswo wie bisher Rat, Solidarität, Rechtshilfe und Fortbildungen.

Diese Beilage zeigt ein breites Spektrum der Aktivitäten und Entwicklungen in verschiedenen Medien und Ländern, illustriert von internationalen Künstlern. Da die Panter Stiftung gerade ein Magazin mit afrikanischen Journalisten (taz.de/afrikamagazin) herausgegeben hat, liegt jetzt der Fokus auf anderen Regionen. Die Herausforderungen sind groß. *Sven Hansen*

Lomedy Mhako, Simbabwe.



Lomedy Mhako (*1989) lebt in Harare, Simbabwe. Er arbeitet als Grafikdesigner bei der Zimbabwe German Society und als freier Illustrator.

behance.net/
lomedymhako

instagram.
com/lomedymhako

Signal für freie Medien

Das demokratische Modell freier und unabhängiger Medien zu verteidigen und zu stärken ist heute wichtiger denn je

Von **Claudia Roth**

Schon die Coronapandemie hat weltweit zu viele Opfer gefordert. Über sechs Millionen sollen es nach den über zwei Jahren sein, in denen das Virus unser Leben bedroht, einschränkt und prägt. Doch wurde die Pandemie in vielen autoritären wie semi-autoritären Staaten auch dazu missbraucht, um die dort schon zuvor attackierte Pressefreiheit weiter einzuschränken. Reporter ohne Grenzen sah sie schon nach einem Jahr Pandemie „so stark unter Druck wie selten zuvor“. 400 Journalistinnen und Journalisten, Medienschaffende und Bloggerinnen und Blogger waren im vergangenen Jahr in Haft, über 40 zahlten für ihre Arbeit mit dem Leben. Auch in Deutschland werden zunehmend Journalistinnen und Journalisten angegriffen, bedroht und eingeschüchtert.

Jetzt kommt noch der Angriffskrieg des Putin-Regimes gegen die Ukraine hinzu. Von der russischen Armee wurden dort bestialische Gräueltaten an der Zivilbevölkerung verübt. Menschen sterben, hungern, frieren und fliehen. Darüber darf in Russland nicht frei und unabhängig berichtet werden. Schon die Bezeichnung als Krieg wird drakonisch bestraft. Mit Desinformation, Fake News und Propaganda versucht sich Wladimir

Putin an der Macht zu halten, während er unbeirrt Tod und Verwüstung über die Ukraine bringt.

Fake News und Desinformationen als Begleiterscheinung eines Krieges sind nicht neu. Auf deren Mechanismen und Folgen wiesen schon Stefan Zweig und der französische Historiker Marc Bloch nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs hin. Ausgehend von Europas Kriegserfahrungen wurde das



Claudia Roth

ist als Staatsministerin im Bundeskanzleramt Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Zuvor war sie unter anderem Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Vizepräsidentin des Bundestags.

Friedensprojekt der europäischen Integration geschaffen – auf dem Fundament demokratischer Grundprinzipien wie Presse- und Meinungsfreiheit.

Dass diesen Freiheiten in Russland nun der Garaus gemacht wurde – und beileibe nicht nur dort – ist das eine. Aber dass einseitige und oft erstaunlich plumpe Propaganda funktionieren kann, liegt auch daran, dass schon seit Jahren Putin und seine Unterstützer ein Zerrbild von Medien und Journalisten verbreiten: die Mär, es gebe gar keine freien und unabhängigen Medien, die seriös und wahrhaftig informieren. Vielmehr stünden sich immer und überall nur Interessen- und ideologiegesteuerte Meinungen gegenüber.

Solche Vorstellungen finden in rechtsextremen Kreisen unserer Demokratien Resonanz. Entsprechend einseitig und aggressiv agieren seit Jahren die vom russischen Staat finanzierten Medien *Russia Today* und *Sputnik*. Der Kreml hat sie als Instrumente eines sogenannten Informationskrieges gegen einen vermeintlichen Westen in Stellung gebracht. Sie verkünden jetzt mit Fake News und Desinformation einen grausamen Angriffskrieg und übertönen Kriegsverbrechen. Es war deshalb richtig, EU-weit geschlossen gegen *Russia Today* und

Sputnik vorzugehen, auch wenn es hierfür künftig noch klarerer europäischer Regeln bedarf.

Jetzt ist es wichtiger denn je, das demokratische Modell freier, unabhängiger Medien, die eine seriöse und wahrheitsgetreue Berichterstattung sicherstellen, zu verteidigen und zu stärken. Dieses Medienmodell ist eine Voraussetzung dafür, dass unsere pluralistischen Demokratien existieren und funktionieren können. Deshalb sehe ich meine Rolle als Staatsministerin darin, Medien wie Medienschaffende zu stärken und zu schützen, selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den Ländern und in Respekt vor dem wichtigen Prinzip der Staatsferne, die ein wesentliches Element unserer Medienordnung ist.

Direkt nach Kriegsausbruch haben wir eine Million Euro bereitgestellt, mit denen nach

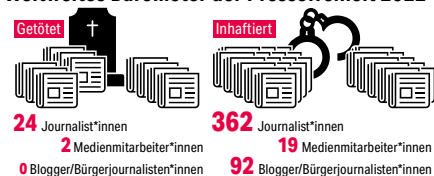
Deutschland geflohene ukrainische Journalistinnen und Journalisten, die sich in den letzten Jahren für vielfältige Demokratie in ihrem Land eingesetzt haben, unterstützt werden können wie auch geflohene Medienschaffende, die in Russland wie in Belarus noch mutig die letzten Freiräume verteidigt haben. Wir unterstützen jetzt den „IX-Fund – Journalists in Exile“ von Reporter ohne Grenzen, der Schöpflin- und der Augstein-Stiftung. Er soll Medienschaffenden im Exil ermöglichen, hier ihre Arbeit als demokratische Stimmen fortzusetzen.

Auch bauen wir unsere Unterstützung für das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig aus. Deswegen Residence-Programm bietet geflohenen und bedrohten Journalistinnen und Journalisten in Deutschland eine sichere Anlaufstelle. Hinzu kommt un-

sere Arbeit im Bereich der Journalismusförderung, womit wir erstmalig nachhaltige Unterstützungsmöglichkeiten zum Schutz und zur strukturellen Stärkung journalistischer Arbeit geschaffen haben. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt engagieren wir uns stärker für bedrohte Journalistinnen und Journalisten sowie Verteidigerinnen und Verteidiger der Meinungsfreiheit im In- und Ausland. Vorgesehen ist auch, hierzulande die journalistische Arbeit besser zu schützen.

Freie unabhängige Medien versus staatlich gelenkter Propagandamaschinerie – mit diesem Konflikt werden wir es weltweit zu tun haben. Für Juni habe ich daher die G7-Medienministerinnen und -minister nach Bonn geladen. Wir wollen ein Signal der Geschlossenheit für unsere demokratischen Medienmodelle senden und uns verständigen, wie wir gegen Propaganda und destabilisierende Desinformation vorgehen. In Europa setze ich mich dafür ein, dass wir unter Berücksichtigung bewährter nationaler Strukturen mit dem European Media Freedom Act einen verlässlichen Rahmen bekommen, um vielfältige Medien zu stärken. Sie können darauf zählen, dass ich mich für die Pressefreiheit und den Schutz unabhängiger Medien einsetzen werde.

Weltweites Barometer der Pressefreiheit 2022



Quelle: Reporter ohne Grenzen, Stand: 29. April 2022

Lebhaftes Medien in Trümmern

In Afghanistan droht der Journalismus auszusterben

Natürlich waren sie nie weg gewesen aus Afghanistan. Dennoch: Die Wucht und Schnelligkeit, mit der die Taliban das Land überrannten und am 15. August 2021 Kabul einnahmen, hat überrascht. Und veränderte die Situation für Journalist*innen dramatisch: Sie wurden zu Zielen, mehr als je zuvor.

In den Wirren Mitte August hatte das Auswärtige Amt damit begonnen, gefährdete Personen auf eine Liste schutzbedürftiger Personen setzen zu lassen. Insgesamt 147 hoch gefährdete afghanische Medienschaffende und ihre Familien haben konkrete Aufnahmezusagen durch die Bundesregierung bekommen. Reporter ohne Grenzen (RSF) hatte diese Fälle an das Auswärtige Amt übermittelt. Doch mit dem Abzug der internationalen Streitkräfte Ende August wurde diese Liste bereits wieder geschlossen – die Bedrohung für Journalist*innen und Reporter hörte damit aber nicht auf. Im Gegenteil: RSF hat viele Übergriffe auf Medienschaffende dokumentiert. Inzwischen sind fast alle der 147 von RSF unterstützten Journalist*innen in Deutschland angekommen – samt Familien etwa 500 Personen. Sie werden hier weiter von RSF beraten.

Längst ist die akute Lebensgefahr für Journalist*innen in Afghanistan aus hiesigen Schlagzeilen verschwunden. Für die Betroffenen bleibt die Situation jedoch unerträglich. Noch immer leben viele von ihnen trotz konkreter Bedrohung in der Schwebe und sie hoffen auf Schutz. RSF erhält weiterhin fast täglich Hilferufe. Seit dem Fall von Kabul sind etwa 15.000 Anfragen eingegangen. Dass es weniger werden, ist unwahrscheinlich: Im Schatten des Ukrainekriegs begannen die Taliban eine landesweite Offensive gegen den Journalismus, in den ohnehin gefährdeten Provinzen wie auch in der Hauptstadt. Sie bestellen einzelne Medienschaffende ein, drohen ihnen, erlegen Frauen wie Männern Bekleidungs Vorschriften auf. Die neuen „Regeln für den Journalismus“ sind zum Teil offene Zensur.

Seit Ende 2001 hatte sich eine breitgefächerte Medienlandschaft entwickelt. Das ist vorbei. Schon bis Dezember hatten einer Erhebung von RSF und der afghanischen Partnerorganisation AIJA zufolge 43 Prozent der afghanischen Medien ihre Arbeit eingestellt. Am stärksten betroffen sind Frauen: 84 Prozent der Journalist*innen sind nicht mehr in ihrem Beruf tätig. RSF fordert deshalb ein Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Medienschaffende und deren Familien. Einmal in Deutschland, brauchen die afghanischen Journalist*innen eine sichere Perspektive: einen unbefristeten Abschiebestopp samt Bleibeerecht. Denn die Taliban werden sich an der Macht einrichten. Sie betrachten den unabhängigen Journalismus als Feind. **Christopher Resch**

Ein schwer umkämpftes Gut

Die Pressefreiheit ist weltweit durch illiberale Tendenzen bedroht. Doch die derzeit größte Krise, der russische Krieg gegen die Ukraine, hat auch einen Hoffnungsschimmer hervorgebracht

Von **Christopher Resch**

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine legt es deutlich offen: Unabhängige Medien sind im Jahr 2022 so wichtig und so bedroht wie kaum jemals zuvor. Im Krieg selbst können verlässliche Informationen das Überleben sichern. Journalist*innen ordnen die Kriegshandlungen ein, leisten Aufklärungsarbeit auch mit Blick auf Kriegsverbrechen, wollen verstehen und verständlich machen. Auch deshalb will die Mehrheit der ukrainischen Journalist*innen in ihrem Land bleiben und weiter berichten.

In Russland ist die Situation eine andere: Als unabhängiger Journalist oder kritische Reporterin ist es im Land nicht mehr auszuhalten. Seit das drakonische Mediengesetz vom 4. März „falsche“ Berichterstattung mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bedroht, verlassen Medienschaffende in Scharen das Land. Reporter ohne Grenzen hat die Einschränkungen der freien Berichterstattung in Russland seit Langem kritisiert. Schon in den Monaten vor dem Überfall auf die Ukraine war die Repression massiv, die Liste angegeblicher „ausländischer Agent*innen“ wuchs rasant an. Heute droht Russland zu einem medialen schwarzen Loch zu werden – um die Pressefreiheit ist es so schlecht

bestellt wie seit dem Ende der Sowjetunion nicht mehr.

Weltweit nehmen illiberale Tendenzen mit Blick auf die Medien zu. Abseits von Kriegen und Krisen leben Journalist*innen vor allem dann gefährlich, wenn sie über die Verstrickungen korrupter Politiker*innen mit der organisierten Kriminalität berichten. Nicht umsonst ist Mexiko das Land mit den meisten getöteten Journalist*innen. In China wirft das Regime im weltweiten Vergleich die meisten Medienschaffenden ins Gefängnis. In Hongkong, einst ein Vorbild der Pressefreiheit, mussten mit *Apple Daily* und *Stand News* die letzten unabhängigen Medien schließen. In Afghanistan wiederum radieren die Taliban die vergangenen 20 Jahre, in denen eine sehr vielfältige Medienlandschaft entstanden ist, vollständig aus. In vielen Ländern haben die Regierungen die Covid-19-Pandemie genutzt, um mit Gesetzen gegen Fake News ihr eigenes Narrativ zu unterstützen.

Auch in Europa steht die Pressefreiheit unter Druck. In Ungarn hat Viktor Orbán über 80 Prozent der Medien unter mehr oder weniger direkte Kontrolle gebracht. In diesen Medien kam der Wahlkampf seines Widersachers Peter Marki-Zay quasi nicht vor – Orbáns



Journalist*innen leben vor allem gefährlich, wenn sie über die Verstrickungen korrupter Politiker*innen mit der organisierten Kriminalität berichten

erneuter Wiederwahl zum Ministerpräsidenten Anfang April hat das sicher nicht geschadet. Das ungarische Vorbild veranlasst: Auch der im April abgewählte slowenische Ministerpräsident Janez Janša machte aus seiner Verachtung für kritische Journalist*innen keinen Hehl. Die in Polen regierende PiS hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie ihr Pendant Fidesz in Ungarn, zu einem staatlichen Propagandainstrument gemacht.

In Deutschland ist in den vergangenen zwei Jahren kaum ein Wochenende vergangen, an dem es keine Beleidigung

gen von Journalist*innen, keine Schläge oder Schubserien, keine veröffentlichten Klarnamen und Adressen von Medienvertreter*innen gegeben hätte. Im Jahr 2020 hatte Reporter ohne Grenzen 65 gewaltsame Angriffe auf Journalist*innen gezählt. Schon diese Zahl bedeutete einen starken Anstieg (2019: 13). 2021 nahm die Gewalt gegenüber Medienschaffenden hierzulande weiter zu auf mindestens 80 verifizierte Fälle.

Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Das Schicksal der ukrainischen und russischen Medien löste europaweit eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft aus: Redaktionen machen unbürokratisch Arbeitsplätze für bedrohte Kolleg*innen frei, zivilgesellschaftliche Organisationen legen zügig Hilfsprogramme und Projekte auf, Stiftungen und einzelne Menschen spenden viel Geld. Um dieses zu kanalisieren und zügig dorthin zu lenken, wo es am dringendsten gebraucht wird, hat RSF gemeinsam mit der Rudolf-Augstein-Stiftung und der Schöpfung Stiftung den JX Fund aufgelegt, einen europäischen Fonds für Exiljournalismus. Denn das ist fast allen Journalist*innen gemein, die ihre Heimat verlassen müssen: Sie wollen arbeiten, wollen weiter berichten, sei es über die Ukraine, über Russland, über Belarus oder Afghanistan.

Tommi Parrish, Australien

Tommi Parrish (*1989) ist Karikaturist*in und Illustrator*in. 2016 erschien Parrishs Debüt „Perfect Hair“. Wiederkehrende Themen sind queeres Begehren, Männlichkeit, Angst und Freundschaft. Parrish wurde in Melbourne geboren und lebt heute in Montreal.

[instagram.com/tommi_pg](https://www.instagram.com/tommi_pg)



Mexiko ist für Medienschaffende bereits zum dritten Mal in Folge das tödlichste Land der Welt

Am 31. Januar hat Armando Linares, der Chefredakteur des Online-Portals *Monitor Michoacán*, in einem Video auf Facebook geschildert, dass sein Medium seit Monaten Morddrohungen erhalten habe. „Nun sind die Drohungen wahr geworden“, sagte er mit belegter Stimme. Denn am selben Tag war sein Mitarbeiter Roberto Toledo an der Tür zum Redaktionsgebäude von Unbekannten erschossen worden.

Doch am 15. März wurde auch Armando Linares ermordet – als achter Journalist in Mexiko in nur zehn Wochen. Damit begann das Jahr 2022 selbst für mexikanische Verhältnisse erschütternd blutig. Im ganzen Jahr 2021 waren dort sieben Journalist*innen ermordet worden. Das dritte Jahr in Folge waren es dort so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Und dabei herrscht in Mexiko offiziell gar kein Krieg.

Dennoch sind quasi alle im Land getöteten Medienschaffenden indirekt Opfer im mexikanischen Drogenkrieg. Denn die Recherchen über Kartelle und ihren massiven Einfluss auf Politik und Behörden sind lebensgefährlich. Und in bis zu 99 Prozent der Morde an Journalist*innen kommen die Drahtziehenden ungestraft davon. In Mexiko wurde kein Fall von gewaltsamem Verschwindenlassen in den vergangenen Jahren

aufgeklärt. Doch bleiben Morde und Entführungen für die Täter*innen folgenlos, kann das als Einladung zur Nachahmung betrachtet werden. Reporter ohne Grenzen (RSF) kämpft seit Jahren gegen diese nahezu vollständige Straflosigkeit. Gemeinsam mit der mexikanischen Partnerorganisation *Propuesta Cívica* unterstützt RSF Hinterbliebene bei dem juristischen Kampf für Gerechtigkeit.

Auch dank der beiden Organisationen wurden in den letzten beiden Jahren Mittäter an den 2017 verübten Morden an den prominenten Investigativjournalisten Javier Valdez und Miroslava Breach zu langen Haftstrafen verurteilt. Diese wegweisenden Urteile machen ein wenig Hoffnung, dass sich trotz der schrecklichen Häufung von Morden der vergangenen Monate in Mexiko etwas bewegt. **Juliane Matthey**

„Krieg und Frieden“:
ein Tagebuch



Zwischen Fronten und Flucht, Bomben, Kellern und Leichen

Von Tigran Petrosyan

Als der Krieg in der Ukraine begann, saß ich mit meiner Kollegin und guten Freundin Anastasia Magasowa in einer Bar in Berlin-Kreuzberg. Sie sagte mir, sie werde in die Ukraine fahren. Nicht nur, weil ihre Heimat nach ihr ruft, sondern auch weil sie Journalistin aus Leidenschaft ist. Sie kann nicht schweigen, wenn unschuldige Menschen in der Ukraine durch russische Kriegsverbrecher sterben. Schon bald kam aus Kiew ihr erster Tagebucheintrag: „Erst kürzlich war ich an so einem Ort, an dem eine Rakete herunterkam. Sie fiel in den Hof einer Wohnsiedlung. Mit einem Schlag waren sechs Häuser zerstört: vier fünfstöckige Wohnhäuser, eine Schule und ein Kindergarten. Innerhalb einer Sekunde war damit das alte Leben von Hunderten Menschen einfach weg.“

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russlands Präsident Wladimir Putin gegen die Ukraine einen erbarmungslosen Krieg. Doch der tobt auch an der Heimatfront in Russland: Mutige Stimmen, die gegen das Regime aufbegehren, werden gewaltsam zum Schweigen gebracht – mehr als über 15.000 Menschen, die gegen den Krieg demonstriert haben, sind bereits festgenommen worden. Der Kreml hat die freie Mei-



Unterstützt du die Staatsmacht nicht, bist du ein Verräter. Protestierst du nicht, bist du ein Feigling. Gehst du auf die Straße, bist du ein Verbrecher

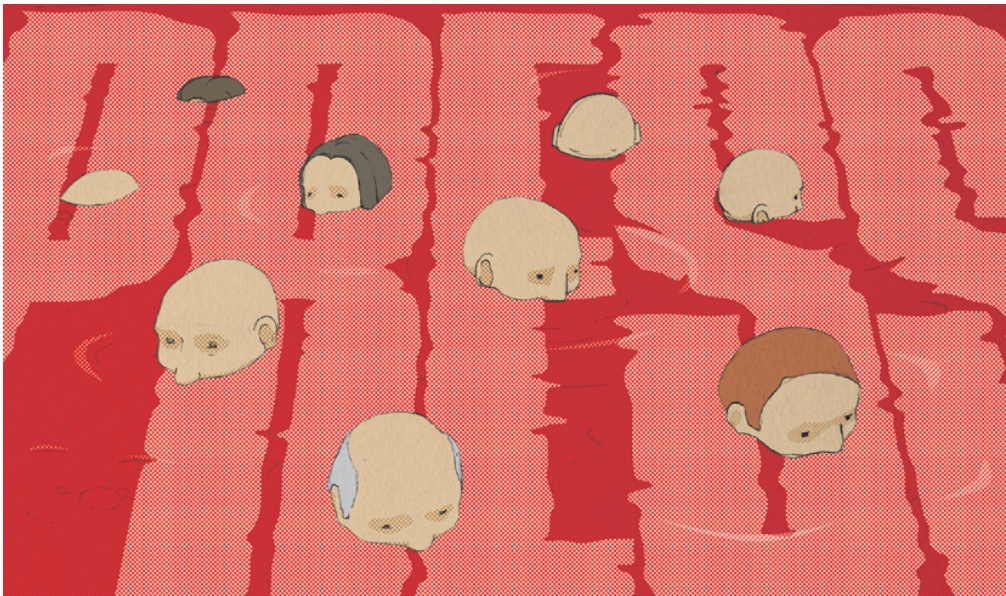
nungsausschreißung unabhängiger Medien unterdrückt, zahlreiche Journalist:innen haben das Land bereits verlassen oder wurden als „ausländische Agenten“ gesperrt.

So beschreibt die Journalistin Olga Lizunkova in ihrem Tagebuch die Situation in ihrem Land: „Wenn du die Macht unterstützt, bist du ein Watnik (ein Schimpfwort für Russen, die an die Propaganda ihrer Regierung glauben; d. Red.). Wenn du die Staatsmacht nicht unterstützt, bist du ein Verräter. Wenn du nicht protestierst, bist du ein Feigling. Und wenn du auf die Straße gehst, dann bist du ein Verbrecher.“

Auch in vielen Staaten der früheren Sowjetunion wie Belarus, Armenien und Georgien verfolgen Journalist:innen die jüngsten Entwicklungen mit wachsender Unruhe. Was kommt noch auf uns zu? Sie berichten mehrmals wöchentlich in der taz-Kolumne „Krieg und Frieden“ und liefern mit ihren Tagebüchern Einblicke aus erster Hand. Sie schreiben von der Front, von ihrem Fluchtweg, zwischen Bomben und Leichen, aus dem Keller und dem Bunker und aus ihren Wohnungen in Moskau und Minsk. Und sie warten jeden Tag darauf, dass „es eine Hausdurchsuchung gibt und sie vor Gericht kommen“. Doch sie können nicht anders und kennen es auch nicht anders. Sie wollen schreiben. Für sie ist es eine Art Therapie zu wissen, dass ihre Stimmen gehört und gelesen werden.

Finanziert wird das Projekt durch die taz Panter Stiftung. Seit 2011 führt sie Workshops zur Stärkung der Pressefreiheit und Zivilgesellschaft mit Journalist:innen aus Osteuropa durch. Einige von ihnen publizieren regelmäßig in der taz und melden sich auch jetzt wieder zu Wort. Aber nicht nur sie. Das osteuropäische Netzwerk hat sich gerade stark erweitert – für den Frieden und gegen den Krieg. Einen Sammelband mit den Tagebüchern bringt der Verlag edition.fotoTAPETA im September als Dokumentation heraus.

Der Autor leitet das Projekt der taz Panter Stiftung „Tagebuch zum Krieg und Frieden“. Online auf Russisch und Deutsch: taz.de/KriegFrieden.



S. M., Russland

Krieg um Köpfe

Der unabhängige russische Journalismus kann auch in Kriegszeiten nicht begraben werden. Wird ihm ein Kopf abgeschlagen, entsteht wie bei einer Hydra an seiner Stelle ein neuer

Von Nikita Kondratjew

Seit Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine haben die russischen Zensurbehörden mehr als 40 Redaktionen geschlossen oder zur Schließung gezwungen. Das reicht von großen landesweiten Medien wie *Nowaja Gaseta*, *Echo Moskvy* oder *Meduza* über kleine wie *iStories* und *Holod* bis hin zu unabhängigen Regionalmedien wie *7x7* oder die Studentenzeitschrift *DOXA*. Websites werden blockiert, Russlands ältester unabhängiger Radiosender *Echo Moskvy* wurde vom Netz genommen. *iStories* wurde zur „unerwünschten Organisation“ erklärt, was anders als das Etikett „ausländischer Agent“ strafrechtliche Verfolgung heißen kann. *Nowaja Gaseta* wurde zu verstehen gegeben, dass die weitere Berichterstattung zum Lizenzentzug führen werde.

Am neunten Tag des Krieges führte Präsident Wladimir Putin Gesetze zur Militärzensur ein und zwei neue Vergehen: „Diskreditierung der Handlungen der russischen Streitkräfte“ und „Aufruf zu Sanktionen gegen Russland“. Auch gibt es den neuen Straftatbestand „Öffentliche Verbreitung falscher Informationen über die Aktivitäten der russischen Streitkräfte“. Am 5. April kam ein Verbot der Verbreitung von „Fake News“ über Aktivitäten russischer staatlicher Stellen im Ausland hinzu.

Das Menschenrechtsprojekt OVDinfo schätzt, dass seit Beginn der Militärzensur 1.000 Personen unter die neuen Verbote gefallen sind und 30 strafrechtlich verfolgt wurden. Prominentester Fall ist Sasha Skotschenko, eine 30-jährige Künstlerin

und Autorin. Sie hatte sich in der Russland beliebten stillen Protestform angeschlossen, Preisschilder an Supermarktwaren durch Zettel mit Infos über die Opfer der russischen Armee in der Ukraine zu ersetzen. So werden Kunden direkt informiert wie auch ältere Bürger, deren einzige Informationsquelle oft das Staatsfernsehen ist. Skotschenko drohen bis zu 10 Jahre Haft.

„Meine Ankläger bekommen einen mickrigen Bonus, während ich Unsterblichkeit und einzigartige Gefängniserfahrung erhalte, von der ich der Welt in lebhaften Farben berichten kann“, schreibt sie unbeeindruckt aus dem Gefängnis.

Journalisten auf der Flucht

Nachdem die Behörden ihre Offensive gegen die großen unabhängigen Medien geführt und viele Journalisten zur Flucht gezwungen hatten, begann die Verfolgung von Redakteuren kleinerer Medien in der Provinz. So wurde der Chefredakteur von *Nowij Fokus*, Mikhail Afanasjew, aus der sibirischen Republik Chakassien verhaftet. Er hatte über Soldaten geschrieben, die den Einsatz in der Ukraine verweigerten, und soll dabei angeblich über die „unzureichende materielle Unterstützung“ der Armee gelogen haben.

Da die unabhängigen Medien jetzt nicht mehr einfach zugänglich sind, scheint die Fernsehpropaganda des Regimes die Oberhand zu gewinnen. Putin hat in den letzten 22 Jahren die Sender systematisch von unabhängig denkenden Menschen gereinigt. Und die Propaganda hat wohl sogar die Propagandisten selbst überzeugt. Wie Wladimir Solowjow,

Hauptstimme des Kremlfernsehens, 2008 vertrat er noch eher unabhängige Ansichten, was ihn populär machte. Er sagte: „Es wird nie Krieg zwischen Russland und der Ukraine geben. Denn jeder, der ernsthaft eine solche Tat begehen will, ist ein Verbrecher.“ Doch nun widmet Solowjow seine Sendezeit Aufrufen zur Ermordung „ukrainischer Nazis“ und stellt die Existenz einer unabhängigen Ukraine infrage.

Doch die Propaganda verliert angesichts des echten Kriegs ihre Wirkung. Dies zeigt sich etwa daran, dass laut dem Finanzministerium die Mittel für das staatliche Fernsehen im März stark erhöht wurden, als sich die ersten militärischen Niederlagen nicht mehr verbergen ließen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die Ausgaben für die staatlichen Medien von Januar bis März um fast 300 Prozent, für den Militärhaushalt um 11 Prozent. Demnach scheint Russland eher über das Fernsehen einen Krieg um die Köpfe seiner Bürger zu führen als mit dem Militär um die Ukraine.

Alte Zensurmethode funktionierten im Jahr 2022 nicht mehr. Journalisten sind an die Sperrung von Webseiten gewöhnt und haben sich und das Publikum darauf vorbereitet. Noch Anfang Februar waren in Russland Zoom, Telegram, WhatsApp, TikTok und Instagram die fünf am häufigsten heruntergeladenen Apps. Jetzt sind VPN-Dienste auf den ersten fünf Plätzen. Die Menschen wollen Informationen. Altmodesche Verbote können das kaum verhindern.

Laut Natalja Sindejewa vom aufgelösten TV-Sender *Dodschd* wird ihre Redaktion bald außerhalb des Lan-

des die Arbeit wieder aufnehmen. Das geschlossene Radio *Echo Moskvy* sendet weiter auf Youtube. Die *Nowaja Gaseta* war durch Druck von Roskomnadsor gezwungen, die Arbeit einzustellen. Zwei Verwarnungen können zum Entzug der Lizenz und einem Druckverbot führen.

Wie mit Blut geschrieben

Das wäre eine Tragödie. Denn in Russland haben Gefangene und ältere Menschen manchmal nur eine einzige Informationsquelle – eine gedruckte Zeitung. Als einzige ist die *Nowaja* unabhängig. Solange es in Russland Gefängnisse gibt, müssen wir eine Zeitung machen, sagen wir oft in der Redaktion. Bisher sind sechs unserer Mitarbeiter ermordet worden. Vieles ist buchstäblich mit Blut geschrieben. Deshalb fiel es den Veteranen des Blatts natürlich sehr schwer, die Produktion einzustellen. Eine Warnung von Roskomnadsor kam übrigens kurz nach der Ankündigung von Chefredakteur Dmitrij Muratow, dass er die Medaille seines ihm im Dezember 2021 verliehenen Friedensnobelpreises verkaufen und das Geld ukrainischen Flüchtlingen spenden wolle. Doch ein Teil des Teams der *Nowaja Gaseta* schreibt weiter, jetzt für die *Nowaja Gaseta Europe* im Ausland. Wir suchen und finden Wege zur Wiedergeburt.

Der russische Journalismus kann auch in Kriegszeiten nicht begraben werden. Wir sind eine Lernäische Hydra. Wird ein Kopf abgeschlagen, lernen wir, an seiner Stelle einen neuen wachsen zu lassen.

Der Autor ist Nachrichtenchef der „Nowaja Gaseta“

The Real Russia Today – erfolgreicher Exiljournalismus

Das russische Onlinemedium „Meduza“ informiert seit seiner Gründung 2014 unzensuriert aus dem lettischen Exil

Von Anastasia Tikhomirova

Das russische Onlinemedium *Meduza* ist neben *TV Rain*, *Echo Moskvy* und *Nowaja Gaseta* eines der unabhängigen Leitmedien Russlands und wurde 2014 von Journalist:innen des früheren Medienprojekts *Lenta.ru* gegründet. Seit 2015 gibt es auch eine englischsprachige Version der Webseite. Obwohl Russ:innen *Meduza* betreiben, hatte das Onlinemedium seinen Hauptsitz von Anfang an in der lettischen Hauptstadt Riga. Den Redakteur:innen war klar, dass sie in Moskau, wo sie noch ein Büro hatten, nicht frei arbeiten können. Viele *Meduza*-Journalist:innen ha-

ben in der Folgezeit Russland wegen Drohungen verlassen. So wurde etwa der Journalist Iwan Golunow wegen des erfindenen Verdachts auf Drogenbesitz und -verkauf festgenommen, seine Wohnung durchsucht. Später musste er aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden.

Seit 2017 produziert *Meduza*, das im Jahr 2020 in Russland die Nr. 1 der am meisten zitierten Internetressourcen war und Ende 2019 monatlich mehr als 13 Millionen Seitenaufrufe zählte, auch Podcasts auf Russisch zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Seit 2020 betreibt *Meduza* auch einen eigenen Youtube-Kanal.

Meduza legt großen Wert auf die Überprüfung von Fakten, kennzeichnet vertrauenswürdige Quellen und führte 2019 einen Aufsichtsrat ein, der die Einhaltung redaktioneller Standards und Richtlinien überprüft. Doch am 23. April 2021 wurde *Meduza* als zweites größtes unabhängiges Medium vom russischen Justizministerium zu einem „ausländischen Agenten“ erklärt. Das führte zu einer breiten Solidarität unter russischen Journalist:innen.

Zwar wirkte sich diese feindliche Einstufung kaum auf *Meduzas* Klickzahlen und Einschaltquoten aus. Doch wurde es schwieriger, Werbekunden zu finden. Deshalb führte

Meduza Merchandising Produkte, In-App-Käufe und Crowdfunding ein, um die Arbeit weiterhin finanzieren zu können. Auch musste das Büro in Moskau schließen.

Am 4. März sperrte Russlands Medienaufsicht Roskomnadsor *Meduzas* Website wegen „gezielter und systematischer Verbreitung von Informationsmaterial, die falsche Informationen über das Wesen der speziellen Militäroperation in der Ukraine“ enthielt. *Meduza* hatte sich geweigert, den Krieg nicht als Krieg zu bezeichnen und die unzensurierte Berichterstattung darüber einzustellen. Die Seite ist jetzt in Russland nur noch per VPN zugänglich.

Frankreichs Murdoch fördert Rechtsextreme

Vincent Bolloré wühlt die französische Medienlandschaft auf. Innere Pressefreiheit ist in seinen Medien nicht zu finden, Kritik an der redaktionellen oder politischen Linie führt zur Entlassung

Von Valérie Robert

Bei der französischen Präsidentschaftswahl haben im ersten Wahlgang, also bei der Runde, in der am stärksten nach persönlicher Präferenz abgestimmt wird, Rechtsradikale fast ein Drittel der Stimmen bekommen: Marine Le Pen mit 23,15 Prozent als Kandidatin einer Partei und Eric Zemmour mit 7,07 Prozent als Kandidat eines Medienkonzerns.

Wer steht hinter Zemmour?

Der nach der Familie Bolloré, seinem Mehrheitsaktionär, benannte, de facto von Vincent Bolloré geführte börsennotierte Mischkonzern ist in den letzten 15 Jahren einer der wichtigsten Akteure in Frankreichs Medienlandschaft geworden und erinnert stark an Rupert Murdoch und dessen News Corp. Bolloré ist seit 2015 Hauptaktionär des Medienkonzerns Vivendi. Ihm unterstehen somit die Gruppe Canal Plus mit Bezahlern und den Sendern CNews und C8. 2021 hat er Prisma Me-

nehmen vor? Sollen sie zu Zemmour-kompatiblen Contentproduzenten getrimmt werden?

Der Kolumnist und Polemiker Zemmour, verurteilt wegen Aufrufs zum Hass, ist ein Star des Low-Cost-Nachrichtensenders CNews, dessen Quote dank ihm wächst: Zuweilen erreicht die Talkshow „Face à l'info“ mehr als 5 Prozent. Da wettet Zemmour gegen seine Lieblingsfeindbilder: Islam, „Bevölkerungsaustausch“, angeblich zu einem Bürgerkrieg führende (Ausländer-)Kriminalität, vermeintliche Cancel Culture usw. Auf CNews hat er die Grenzen des Sagbaren im öffentlichen Diskurs verschoben – im Vergleich zu ihm klingt Le Pen gemäßigt. Auf CNews hat er sich zum Anführer einer „Rückeroberung“ („RECONQUÊTE!“), seine 2021 gegründete Partei) stilisiert. Auf CNews hat er sein Programm entwickelt. Zu CNews hat ihn Bolloré selbst gerufen.

Was will Bolloré?

Geht es Bolloré dabei nur um Quote? Er tritt zwar als rein profitorientierter Unternehmer auf und gilt als Kostenkiller. Bekannt ist aber auch, dass in den Redaktionen seines Konzerns Terror herrscht. Innere Pressefreiheit gibt es in Bollorés Medien nicht, die kleinste Kritik an der redaktionellen oder politischen Linie führt zur Entlassung. Dies hat das Personal von i-Télé erlebt, aus dem 2017 CNews entstand. Der Sender wurde somit zum Labor der „méthode Bolloré“. Bei den neulich übernommen Medien ging es ganz schnell: Der als Macronist eingestufte Redaktionsleiter von *Paris Match* und des *IDD* wurde sofort geschasst, beim Radio Europe 1 wurden selbst sehr bekannte Moderator*innen durch Personal aus CNews ersetzt. Eine von Reporter ohne Grenzen produzierte Videoreihe gibt Einblicke in das „Système B“ und in eine regelrechte Flucht aus seinen Medien.

Bolloré beteuerte zwar vor einem Ausschuss des Senats, er sei nur von wirtschaftlichen Interessen geleitet („Ich habe nie Politik betrieben, werde es auch nie tun“). Doch muss er als politischer Überzeugungstäter betrachtet werden. Mehr als in anderen Konzernen sind seine Medien von redaktionellen Eingriffen bedroht – dazu noch von einer CNews-isierung in Programm und politischer Ausrichtung.

Industrielle in den Medien

Stärker als andere Industrielle beeinflusst Bolloré die Berichterstattung in seinen Medien im eigenen Interesse und wehrt sich juristisch gegen Berichterstattung über ihn. Das erzeugt erheblichen Druck auf investigative Medien: So stand der Journalist Tristan Waleckx allein wegen einer Doku über Bolloré sechsmal vor Gericht.

Nun gibt es in Frankreich eine Reihe branchenfremder Industrieller, die in Medien investieren haben, wie Bernard Arnault (Luxuskonzern LVMH), den Rüstungskonzern Dassault, Xavier Niel (Telekommunikation) und die weltweit tätige Baugesellschaft Bouygues. Weder ihre Macht noch ihre Verflech-

tung mit der Staatsmacht und Politik dürfen unterschätzt werden. Auch deswegen steht Frankreich in der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen nur auf Rang 34.

All diese in den Medien aktiven Industriellen gefährden jeder für sich und alle zusammen die Qualität der Berichterstattung und der Informationsfreiheit in Frankreich. Nicht nur Journalist*innen warnen schon lange vor dieser Gefahr für die Demokratie und nun noch mehr vor Bollorés Eingriffen.

Der Weg über die Legislative

Die Kritik wird immer lauter, etwa seitens des Kollektivs Stoppons Bolloré! von Reporter ohne Grenzen oder von der Ökonomin Julia Cagé, die dem Kampf gegen Bolloré ein Buch gewidmet hat. Alle haben Vorschläge zur Wahrung des Pluralismus und zur Begrenzung der Medienkonzentration gemacht.

Im Senat befasste sich ein Ausschuss damit und lud die Chefs verschiedener Medienkonzerne vor. Doch letztlich wurden nur unverbindliche Maßnahmen zur Förderung der Redaktionsfreiheit empfohlen. Von der Legislative ist also nichts zu erwarten. Und vom Staatspräsidenten Emmanuel Macron noch weniger.

Macron und die Medienmagnate

An Macron lässt sich die schon von Nicolas Sarkozy praktizierte Verstrickung von Politik und privaten Medien beobachten, von der beide Seiten profitieren. Als früherer Investmentbanker und Wirtschaftsminister kennt Macron alle Medienmagnaten. Auf Bernard Arnault oder Xavier Niel kann er zählen, und bei manchen schwerwiegenden Deals mischt er auch diskret mit. So soll er 2021 die geplante Megafusion der Fernsehgruppe TF1 (Hauptaktionär: Bouygues) und der Groupe M6 (einst im Besitz von Bertelsmann) hinter den Kulissen unterstützt haben. Von Konzentrationsbeschränkungen kann keine Rede sein. Zweck soll dabei gewesen sein, M6 vor einer Übernahme durch Bolloré zu schützen – im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf. Warum bloß?

Macron und Bolloré

Das Verhältnis Macrons zu Bolloré und dessen Medien stand lange unter dem Zeichen einer „Kooperation“ und einer Doppelstrategie. Dass CNews rechtsextreme Thesen verbreitet, kam Macron nicht ungelegen. 2017 wurde er ja von linken oder gemäßigt rechten Wählern als Damm gegen Marine Le Pen und Rechtsextremismus gewählt. Um die-

ses Image aufrechtzuerhalten, brauchte er dieses Feindbild weiterhin. Nun bot CNews mit Zemmour eben einem sehr lauten Verfechter rechtsradikaler Thesen eine Bühne, von dem sich Macron wenn nötig distanzieren konnte.

„En même temps“, wie er gerne sagt, ist Macrons Politik etwa in Sachen innere Sicherheit oder des Islams immer mehr nach rechts gedriftet, und auch da brauchte er CNews – jetzt, um rechte Wähler anzusprechen und den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Allerdings musste Macron nun in die Stichwahl gegen Marine Le Pen, dieses Mal zugleich als Gegner jedes Extremismus und als Verteidiger der kleinen Leute. Für Letzteres bot sich CNews erneut an, und da buhlte nun auch Innenminister Gérald Darmanin um jene, die im ersten Wahlgang für Le Pen gestimmt hatten. So ist CNews zweifellos zu dem wichtigen Akteur des Wahlkampfes geworden, der Bolloré offenbar vorschwebte.

Die Autorin ist Dozentin für Deutschland-Studien an der Université Sorbonne Nouvelle in Paris, lehrt und forscht zu Mediensystemen in Deutschland und Frankreich und leitet den deutsch-französischen Studiengang „Transnationaler Journalismus“.



Dass Bollorés Sender CNews rechtsextreme Thesen verbreitet, kam Emmanuel Macron nicht ungelegen

dia, Frankreichs größten Zeitschriftenverlag, übernommen. Als Hauptaktionär der Mediengruppe Lagardère, für die er gerade ein Übernahmeangebot machte, hat er seit 2021 das Sagen beim Radiosender Europe 1, dem auflagenstärksten Magazin *Paris Match* und dem Sonntagsblatt *Journal du Dimanche* (*IDD*). Dazu kommt eine Werbegruppe.

Über Vivendi kontrolliert er auch Editis, Frankreichs zweitgrößte Verlagsgruppe. Nun soll diese nach der Übernahme von Lagardère eine der weltweit wichtigsten Verlagsgruppen, nämlich Hachette, übernehmen. Der dann entstehende Riese würde 100 Verlage mit einem Marktanteil von 56 Prozent kontrollieren, dadurch etwa 74 Prozent des französischen Schulbuchmarktes und 65 Prozent der Taschenbücher. Dass die Europäische Kommission die Fusion in dieser Form durchwinkt, ist jedoch unwahrscheinlich.

Zemmour und CNews

Inhalt und Diversität des Angebotes sind durch diese horizontale und vertikale Konzentration gefährdet. Was genau hat Bolloré mit diesen Unter-



Zeynep Özatalay, Türkei

Zeynep Özatalay (*1978) lebt in Istanbul. Nach ihrem Abschluss an der Anadolu University Faculty of Fine Arts begann sie als Grafikdesignerin und Illustratorin für Werbeagenturen zu arbeiten. 2005 gründete sie ihr eigenes Designbüro. [instagram.com/zeynepozatalay](https://www.instagram.com/zeynepozatalay)

„Ein Tod auf Raten“

Der Investigativjournalist Günter Wallraff sieht starke Parallelen zwischen dem australischen Journalisten Julian Assange („Wikileaks“) und dem russischen Dissidenten Alexei Nawalny: Beide Inhaftierte kämpfen für Demokratie und Transparenz und gegen Korruption und Machtmissbrauch

Interview **Michael Sontheimer**

taz Panter Stiftung: Herr Wallraff, warum setzen Sie sich seit Jahren für Julian Assange ein?

Günter Wallraff: Zum einen, weil Assange es mit Wikileaks wie kein anderer geschafft hat, den Enthüllungsjournalismus in der digitalen Welt zu etablieren. Zum anderen, weil Wikileaks und er sich in die Zentren der Macht vorgewagt und Kriegsverbrechen der USA öffentlich gemacht haben, die wir uns in Ausmaß und Detailliertheit so nicht hätten vorstellen können. Endgültig mobilisiert hat mich die gnadenlose Verfolgung, die Assange seit zwölf Jahren erdulden muss. Ich fühle mich immer den Menschen verbunden, die auf einmal als Inbegriff des Bösen und Verwerflichen hingestellt werden und an denen Rufmord im wortwörtlichen Sinne begangen wird. Dann betreibt die CIA als mächtigster Geheimdienst der Welt noch gezielte Desinformation und erpresst einen Straftäter als Kronzeugen zu Falschaussagen. Assanges Fall ist wie aus einem Lehrbuch für Geheimdienste. Das Verfahren gegen ihn wegen eines vermeintlichen Fehlverhaltens ist längst eingestellt – doch die öffentliche Meinung wurde weiter manipuliert. So wurde er zum Aussätzigen, zum egozentrischen Dämon, zum Monster fabriziert. Das hat auch Menschen abgeschreckt, die Wikileaks mit Sympathie gegenüberstanden.

Sie auch?

Ja, das irritiert erst mal. Doch ich hatte Kontakt zu seinem Vater, John Shipton, und zu Nils Melzer, dem UN-Sonderbeauftragten für Folter. Er hatte Assange zuvor aufgesucht und bei ihm Symptome festgestellt, die auf Psychofolter insbesondere durch Isolation deuteten. Melzer stufte Assanges Gesundheitszustand als lebensbedrohlich ein.

Sie haben dann Prominente aus Kultur und Politik dazu gebracht, sich im Februar 2020 für die Freilassung von Assange auszusprechen?

Ende 2019 kontaktierte ich Gerhart Baum, von 1978 bis 1982 Bundesinnenminister, der sich seit jeher vorbildlich für Menschenrechte einsetzt, und Ex-Bundesaußenminister Sigmar Gabriel. Beide konnte ich von einem Engagement für Assange überzeugen. Im Rahmen der Bundespressekonferenz haben wir Assanges Schicksal wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt und zeitgleich eine ganzseitige Anzeige in einer großen deutschen Zeitung geschaltet. Den Appell haben weit über hundert Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet, etwa Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, die heutigen Bundesminister Robert Habeck, Cem Özdemir und Karl Lauterbach, aber auch acht Ex-Bundesminister und -ministerinnen, drei von ihnen Justizministerinnen.

Im Sommer 2021 haben Sie einen Brief an die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel initiiert und sie anlässlich ihres Besuchs bei US-Präsident Biden aufgefordert, den Fall Assange zur Sprache zu bringen.

Dieser Aufforderung haben sich 120 prominente Unterstützer angeschlossen.

Das hat nicht gereicht. Inzwischen sitzt Assange seit über drei Jahren im Belmarsh-Hochsicherheitsgefängnis Ihrer Majestät ...

... wo ansonsten Terroristen und gemeingefährliche Mörder einsitzen. Außerdem war er zuvor schon sieben Jahre in Ecuador's Botschaft seiner Freiheit beraubt, wo die Gespräche mit seinen Anwälten und Ärzten abgehört und die Mitschnitte an die CIA gegeben wurden. Seit zehn Jahren ist er zunehmend isoliert. Er steht dem Willen gegenüber, ihn psychisch zu vernichten. Ich habe

das Gefühl, man spielt auf Zeit. Er soll einen Tod auf Raten sterben.

Weil er den Tod anderer durch US-Soldaten dokumentiert hat?

Assange war es, der 2010 die Kriegsverbrechen von US-Seite im Irak und in Afghanistan offenlegte: tausendfache Folter und schon damals 15.000 mehr von der US-Armee getötete Zivilisten als offiziell bekannt war. Assange offenbarte mit dem sogenannten Collateral-murder-Video das mordlüsterne, makabre Handeln des US-Militärs: US-Soldaten massakrieren aus einem Hubschrauber heraus in Bagdad mehr als ein Dutzend Menschen, darunter zwei Reuters-Journalisten. Als ein Minibus neben den Verletzten hält, um sie zu retten, wird auch der Retter gezielt erschossen. Seine zwei Kinder überleben schwer verletzt.

Die Soldaten feuern sich gegenseitig an, als wäre es ein Videospiel. Die Mörder wurden nie vor Gericht gestellt, vielmehr ist Assange wegen Spionage angeklagt. Ihm droht eine Höchststrafe von 175 Jahren Haft.

Warum wollen Ihrer Meinung nach die US-Geheimdienste und nicht nur der frühere US-Präsident Donald Trump, sondern auch Joe Biden Assange lebend im Gefängnis begraben?

Hier soll ein Exempel statuiert werden: Wer öffentlich macht, was US-Regierung, US-Militär und ihre Geheimdienste an Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen für geheim erklärt haben, kann sich seines Lebens nicht mehr sicher sein. Whistleblower und Journalisten sollen abgeschreckt werden. Dies gilt auch für die Verfolgung des Ex-CIA-Mannes Edward Snowden, der in Moskau im Exil fest sitzt, nachdem er die weltweite Massenüberwachung im Internet durch US-Geheimdienste öffentlich gemacht hat.

Sie selbst haben jahrelang ausbeuterische Arbeitsverhältnisse enthüllt

wie auch den Zynismus in der Bild-Redaktion. Wie sehen Sie Ihre journalistische Praxis im Vergleich zu der von Wikileaks?

In einem Aspekt steht mir Assange sehr nahe. Es geht darum, Dinge aufzudecken, die mächtige Interessen verheimlichen. Wobei er in die politischen Machtzentren eindringt, zum Beispiel ins Hauptquartier der CIA, und ich mich nach unten Situationen aussetze, die verborgen bleiben sollen. Assange macht es im Großen, ich im Kleinen.

Hat er deshalb wesentlich schärfere Konsequenzen zu ertragen als Sie?

Auf jeden Fall. Ich kann mich nicht beklagen. Ich wurde in Deutschland zwar von Geheimdiensten überwacht, musste aber für meine Aktionen nie ins Gefängnis. Das passierte in anderen Ländern, etwa in Griechenland zur Zeit der Militärdiktatur. Hier leben wir in einem Rechtsstaat: So hat der Bundesgerichtshof meine Recherchemethoden auch gegen einen übermächtigen Gegner wie den Springer-Verlag in der sogenannten Lex Wallraff mit der Begründung bestätigt: Geht es um gravierende Missstände, hat die Gesellschaft ein Recht, darüber informiert zu werden, auch wenn diese Informationen durch Täuschung erlangt wurden.

Als Bundestagsabgeordnete hat Annelena Baerbock im letzten September die „sofortige Freilassung“ von Julian Assange gefordert, als Bundesaußenministerin schied sie wochenlang beharrlich, dass erklärte sie: „Die Bundesregierung hat keinen Anlass, an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens und des Vorgehens der britischen Justiz zu zweifeln.“

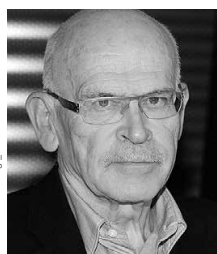
Traurig. Wenn es um die Pressefreiheit und Menschenrechte geht, sollten Politiker in Regierungsverantwortung zu ihrer eigenen Meinung stehen.

Als Alexei Nawalny in Russland verhaftet wurde, ging hierzulande ein

Zane Zlemeša, Lettland

Zane Zlemeša (*1988) ist Illustratorin und Comic-Autorin aus Riga. Heute lebt sie in Berlin, nachdem sie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig (HGB) studiert hat. 2017 erschien im litauischen Comic-Haus kuš! ihr erstes Buch: „Fenix“ – über die Stadt der Spiele und Künste, die so heißt, weil der mythische Vogel Phoenix hier zum ersten Mal in Erscheinung getreten sein soll.

[instagram.com/zane_zlemeša](https://www.instagram.com/zane_zlemeša)



Günter Wallraff

(79) ist Deutschlands bekanntester Investigativjournalist. Anfang der 1960er Jahre begann er mit verdeckten Recherchen bei Industriekonzerne; er schlich sich in die Redaktion der Bild-Zeitung ein und enthüllte den dort herrschenden Zynismus; seine Erfahrungen als Türke Ali in Billiglohnjobs veröffentlichte er unter dem Titel „Ganz unten“. Es

war mit mehr als fünf Millionen Exemplaren das erfolgreichste deutsche Sachbuch seit 1945 und wurde in 38 Sprachen übersetzt. Wallraff setzte sich beständig für Menschenrechte ein und unterstützte DDR-Opferpositionelle wie Wolf Biermann, verfolgte türkische Journalisten, den britischen Schriftsteller Salman Rushdie und Julian Assange.



Julian Assange

(50) gründete 2006 mit Freunden die international operierende Enthüllungsplattform Wikileaks, an die Whistleblower anonyme geheime Informationen senden können, die geprüft und veröffentlicht werden. 2010 lancierte Wikileaks geheime US-Dokumente über die Kriege in Afghanistan und Irak sowie Dokumente von US-Diplomaten; 2017 Details über das Cyber-

waffenarsenal der CIA. Die US-Regierung startete einen Geheimdienstkrieg gegen Assange und Unterstützer und sorgte dafür, dass die britische Regierung ihn seit 2019 in einem Hochsicherheitsgefängnis hält. Ihm droht Auslieferung in die USA, wo ihn eine Anklage wegen Spionage mit 175 Jahren Höchststrafe im Gefängnis erwartet.

Medienfrauen zeigen Gesicht

Im Irak will Tamkeen Women als erster Journalistinnenbund Medienfrauen aus allen Regionen und Religionen des Landes vernetzen, beraten, unterstützen und fortbilden. Journalistinnen kämpfen gegen politische Vorbehalte und familiären Druck

Von Kholoud Alamiry

Am 8. März 2021 haben zwei irakische Journalistinnen und ich die Gründung von Tamkeen Women öffentlich angekündigt. Doch dann dauerte es noch sechs Monate, bis die „Ermächtigung der Frauen“, so der übersetzte Name, beim NGO-Department in Bagdad und Irakisch-Kurdistan offiziell registriert war. Die Idee für Tamkeen war während des Online-Workshops der taz Panter Stiftung für irakische Journalistinnen (Oktober 2020 bis Dezember 2021) gereift. Teilweise kannten wir uns schon vorher, aber hier diskutierten wir viel über die extrem schwierige Situation irakischer Medienfrauen, denen allzu oft ihre Familien Steine in den Weg legen. Politische Themen dürfen Journalistinnen meist nicht bearbeiten, und in den sozialen Medien sind sie extrem konservativer Verachtung und anschließend leider nicht nur verbalen Gewalt ausgesetzt.

Auch ist die journalistische Ausbildung ungenügend. Erkennbar gibt es professionelle Schwächen. Wir glauben, dass unsere Kolleginnen Unterstützung

bei der Entwicklung ihrer beruflichen Fähigkeiten brauchen. Zudem stellten wir im Workshop fest, dass es im Irak einen signifikanten Mangel an Journalistinnen gibt, die sich auskennen und spezialisieren in so wichtigen globalen Themen wie Umwelt, Klimawandel, Wirtschaft, Korruption, Minderheiten, politische Analyse usw.

„Tamkeen ist anders als viele Organisationen“, sagt Co-Gründerin und Online-Journalistin Manar Al-Zubaidi aus dem süd-irakischen Diwaniyah: „Wir machen vieles ehrenamtlich, begleiten die Journalistinnen kontinuierlich, wir verbessern ihre journalistischen Fähigkeiten und helfen ihnen zu publizieren.“ Neben den ehrenamtlich aktiven Gründerinnen aus Bagdad, dem Südirak und der kurdischen Region arbeiten weitere erfahrene Journalistinnen und Akademikerinnen als Ausbilderinnen und Trainerinnen.

Im Gründungsdokument haben wir unsere Ziele und Arbeitsfelder zusammengefasst:

- Stärkung der Journalistinnen in allen Sparten, auch den Community-Medien;



In den sozialen Medien sind viele Journalistinnen Verachtung und danach nicht nur verbaler Gewalt ausgesetzt

- Verbesserung der professionellen Sicherheit (physisch, mental und digital), um Erpressung zu vermeiden;
- Vermittlung von Rechten und gesetzlichen Einschränkungen;
- Vernetzung innerhalb der feministischen Community im Irak;
- Unterstützung und Rechtshilfe für Journalistinnen;
- Umfragen zu den Bedürfnissen irakischer Journalistinnen.

Wir stehen noch ganz am Anfang, glauben aber, dass wir auf dem rich-

tigen Weg sind. Eine unserer Teilnehmerinnen, Russell Al Zaher aus Anbar 360 Kilometer westlich von Bagdad, sagt: „Im Media College habe ich den besten Abschluss meiner Klasse gemacht. Nur hatten wir dort keinerlei praktische Übungen im Journalismus. Bei Tamkeen nahm ich an einem mehrmonatigen Training teil und konnte danach viel professioneller schreiben als vorher.“ Russell Al Zaher entwickelte sich so rasch, dass sie heute die Repräsentantin von Tamkeen in ihrem Heimatort Anbar ist, „Tamkeen ermutigt junge Journalistinnen wie mich, eine Führungsposition zu übernehmen“, fügt sie hinzu.

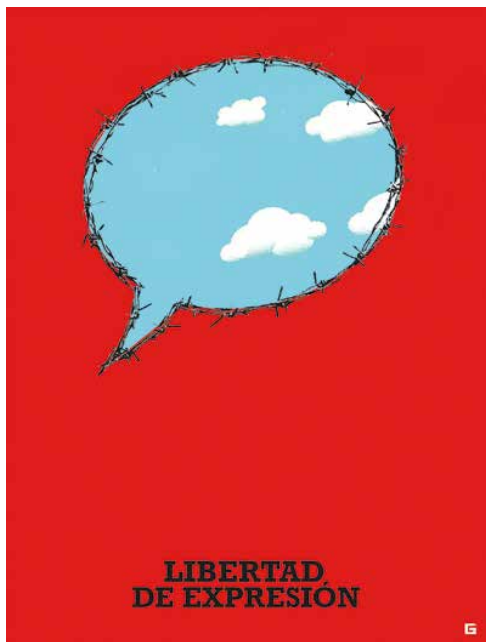
Und es gibt einen weiteren, gravierenden Unterschied zu anderen Organisationen im Irak: Tamkeen ist nicht begrenzt auf eine Region und schließt nicht Angehörige einer Religion oder einer Minderheit aus, wie es weit verbreitet ist. Die Radiojournalistin und Co-Gründerin von Tamkeen, Rangeen Salam, Angehörige der Kaka'i-Minderheit aus dem kurdischen Halabscha, berichtet: „Als wir Tamkeen gründeten, war uns wichtig, dass die Orga-

nisation offen sein soll für Journalistinnen von verschiedenen religiösen und ethnischen Minderheiten, offen für alle, ohne Diskriminierung. Dass Frauen aus den verschiedenen Regionen des Iraks sich zusammenschließen, bedeutet uns viel. Alle anderen Organisationen arbeiten entweder in Bagdad oder in Kurdistan.“

Journalistinnen, die aus familiären oder politischen Gründen gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen, bieten wir psychologische und finanzielle Hilfe an. Neben Trainings-Workshops und Umfragen gehören Kampagnen gegen Verfolgung und für die Rechte von Journalistinnen ebenso zum Programm wie die Zusammenarbeit mit der Journalistengewerkschaft und dem Ministerium des Inneren mit dem Ziel der Gerechtigkeit für Journalistinnen. In diesem Jahr werden wir eine Hotline einrichten für Beschwerden der Frauen über Diskriminierung.

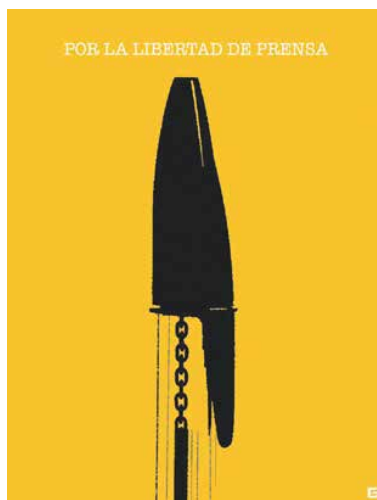
Übersetzung: Petra Bornhöft

Die taz Panter Stiftung unterstützt Tamkeen Women auch nach dem Ende des 15-monatigen Workshops



Gorki Águila, Kuba

Gorki Luis Águila Carrasco (*1968) ist ein kubanischer Punk-Rock-Musiker und Dissident. Er ist Kopf der Band Porno para Ricardo. Er wurde 1968 in Havanna geboren und lebt seit 2009 in Mexiko.



„Alles ist geheim“

In Kuba gibt es eine eigens für die Überwachung von Journalisten zuständige Polizeiabteilung, berichtet Augusto César San Martín Albistur. Er hat damit schon seine ganz eigenen Erfahrungen gemacht

Interview Andreas Lorenz

taz Panter Stiftung: Seit den 90er Jahren arbeiten Sie in Kuba als Journalist. Seitdem haben Sie Probleme mit der Regierung und sogar schon mehrere Jahre im Gefängnis gesessen. Warum?

Augusto César San Martín Albistur: Die Gründe, die unsere Führung nennt, sind immer die gleichen: Du bist ein Spion der USA, du hast Staatsgeheimnisse verraten oder du hast die Stabilität gefährdet. Ich habe für *Cuba Free Press* und andere Zeitungen und Webseiten gearbeitet. Immer bin ich überwacht worden. Derzeit berichte ich für *Cubablog.org*. Es hat seinen Sitz in Miami.

Es hat sich nichts geändert?
Als Fidel Castro noch lebte, wurden viele Journalisten gleichzeitig bestraft. Unter seinem Bruder Raúl ging es toleranter zu. Der Grund: Raúl Castro und US-Präsident Barack Obama kamen sich näher. Nun hat sich Raúl Castro verabschiedet und der neue Präsident ...

... Miguel Díaz-Canel ...
die Leute kennen ihn nicht. Sie wissen nichts mit ihm anzufangen. Die Menschen werden ungeduldig. Seit 63 Jahren hören sie Versprechungen, dass alles besser wird. Aber nichts passiert. Er selbst sieht in den Journalisten ein großes Problem. Er pickt sich Einzelne heraus und setzt sie unter Druck.

Womit genau haben Sie die Führung geärgert?

Kuba hat einen eigenen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt: Abdala. Ich werfe der Regierung vor, die Menschen schon geimpft zu haben, als noch gar nicht sicher war, ob das Medikament wirkt. Die Bevölkerung wurde Teil eines Experiments. Die Polizei hat mir prompt mit Gefängnis gedroht.

Gab es andere Probleme?
Wir haben über das Vermögen von KP-Funktionären geschrieben. Ich war schon in Berlin, aber meine Frau wurde einbestellt. Sie haben sogar mit meiner Schwiegermutter gesprochen. Sie versuchen, uns alle psychisch unter Druck zu setzen. Alle wissen: Die Regierung kann dein Leben und das deiner Familie zerstören ... Die Regierung hat nun eine Polizeiabteilung, die nur für uns Journalisten zuständig ist. Sie lassen gerne Berichterstatter in einem geschlossenen

Auto stundenlang in der Sonne stehen. Die vergangenen fünf Jahre waren sehr schwierig für die KollegInnen und mich.

Wurden Sie wieder eingesperrt?
Immer nur kurz. Aber sie beschlagnahmten meine Kameras, Mikrofone, den Computer. Wenn man sie zurückverlangt, schicken sie einen fort. Leute haben sogar meine Frau vor unserer Haustür bedrängt. Die Polizei aber legte den Fall zu den Akten, obwohl es Videoaufnahmen von einem Täter gab.

2019 wurde Kubas Verfassung geändert, viele Menschen verbanden damit Hoffnung auf Besserung ...

Die neue Verfassung bedeutet gar nichts. Die Justiz ist nicht unabhängig, sie soll ausschließlich der Revolution dienen. Wer nicht als „Revolutionär“ eingestuft ist, hat keine Rechte.

Wie kommen Sie denn an Informationen, haben Sie überhaupt Kontakte?

Das ist überaus schwierig. Alles ist geheim, selbst wie man Kaffee kocht. (lacht) Der Vorteil: Die Menschen trauen den offiziellen Journalisten nicht, also versorgen sie uns mit Informationen oder rücken zurecht, was die Staatspresse sagt. Das geschieht selbstverständlich anonym. Sogar in Berlin wollten die Exilkubaner mir nicht ihre Namen sagen, als ich etwas über Medikamententransporte nach Kuba erfahren wollte.

Gibt es Hoffnung, dass sich unter US-Präsident Joe Biden die Beziehungen zu den USA verbessern und sich so die Lage auch im Innern Kubas lockert?

Ich bin pessimistisch für die nächsten fünf Jahre. Das Problem ist doch das politische System. Im Jahr 2018 gab es Proteste auf den Straßen. Die Regierung sah die CIA hinter den Demonstrationen. Seither ist diese Bewegung tot, viele Menschen sitzen im Gefängnis.

Wie war für Sie die Auszeit in Berlin?
Zuerst wollte ich sofort wieder zurück, die ersten Tage bin ich gar nicht vor die Tür gegangen. Es war alles so ungewohnt. Dann interviewte ich einen Kubaner, und eine Polizeisirene ertönte. Plötzlich merkte ich: Du musst keine Angst vor ihnen haben. Interviewen wir in Kuba jemanden auf der Straße, brauchen wir stets einen Aufpasser, der vor der Polizei warnt. Muss ich wieder mal aufs Revier, nehme ich immer meine Zahnbürste mit – falls es länger dauert.



Augusto César San Martín Albistur ist ein unabhängiger Multimedia-Journalist aus Kuba. Er arbeitet unter anderem für *Diario de Cuba*, *Primavera digital* und *cubablog.org*. 2021 war er Auszeit-Stipendiat von Reporter ohne Grenzen und der taz Panter Stiftung in Berlin, derzeit lebt er in den USA.

Yadanan Win, Myanmar



Yadanan Win (*1987) ist Multimedia-Künstlerin aus Yangon. 2021 verließ sie Myanmar und war zunächst Hauskünstlerin am Theater am Torbogen in Rottentburg/Neckar. Heute lebt sie in Südfrankreich. Sie studierte Anglistik und arbeitete ab 2009 am New Zero Art Space in Yangon und später am dortigen Goethe-Institut. Sie beteiligte sich an Ausstellungen in Japan, Südkorea, Malaysia, Singapur, Indonesien, Italien, Großbritannien und Schweden. yadananwin-art.com

Flucht aus dem Versteck

Nach dem Militärputsch in Myanmar konnte sich der Journalist Kyaw Soe monatelang verstecken. Dann gelang die Ausreise nach Berlin, wo er an einem Workshop der Panter Stiftung teilgenommen hatte

Von Sven Hansen

„Wir fragen beim Mailen oder Telefonieren unter Kollegen nicht, wo der andere gerade ist“, sagt Kyaw Soe. „Das fragen nur Spitzel. Wir müssen vorsichtig sein.“ Der 37-jährige Videojournalist hat sich nach dem Militärputsch in Myanmar vom 1. Februar 2021 mehr als zehn Monate lang versteckt, bevor er im Dezember zu einem sechsmonatigen Praktikum der taz Panter Stiftung nach Berlin ausreisen konnte.

2019 hatte er am coronabedingt bisher letzten Workshop der Stiftung in Berlin für Journalisten aus Südostasien teilgenommen. Schon damals fiel er durch seine große Neugierde und Offenheit auf. „Wir hatten ja keine Ahnung, wie in Europa gedacht wird“, erinnert er sich. Zu seinem eigenen Erstaunen sei ihm ausgerechnet in Berlin klar geworden, dass er sich mehr mit der Außenpolitik Chinas beschäftigen sollte.

Er stammt aus einer Familie von Kautschukbauern aus Myanmars Süden an der Grenze zu Thailand. Dort kämpfen seit Jahrzehnten ethnische Rebellen. Ein französischer Öl- und Gaskonzern betreibt dort eine umstrittene Pipeline ins Nachbarland. „Viele meiner Generation sind zum Arbeiten nach Thailand gezogen. Über Politik oder Menschenrechte wurde nicht gesprochen – aus Angst“, erzählt er. Er kam auf die Oberschule in der Provinzhauptstadt und hatte

in seinem grenznahen Dorf dank einer thailändischen SIM-Karte schon früh einen Internetzugang.

Kyaw Soe handelte mit Kautschuk und betrieb einen CD-Verleih, um Internationale Beziehungen in Yangon studieren zu können. „Wir hörten heimlich BBC. Unsere Professoren rieten uns, nicht über Politik zu sprechen, aber nachzudenken.“ Später schrieb er einen Bericht über Proteste der Pipelinearbeiter und mailte den an den Exilsender Democratic Voice of Burma (DVB) in Norwegen. Das verhalf den Arbeitern zu Aufmerksamkeit und ihm zu einem Medientraining in Thailand.

Nach Myanmars Öffnung ab 2012 konnte DVB im Land legal arbeiten. Kyaw Soe wurde dessen Korrespondent für den Süden. Dort gründete er das regionale Journalistennetz mit als Vertretung des nationalen Journalistenverbandes, der sich für die Pressefreiheit einsetzt. Er gab auch Journalistenkurse. Ab 2018 arbeitete er als freier Journalist und als Fixer ausländischer Korrespondenten.

Nach dem Putsch 2021 verboten die Generäle DVB und andere Medien. Manche Redakteure flohen ins Exil, andere tauchten unter. Kyaw Soe versteckte sich erst in Yangon, dann bei Bekannten in Mandalay. „Früher war ich stolz, dass als Beruf Journalist in meinem Ausweis steht. Doch heute kann ich den an Checkpoints nicht mehr zeigen, das ist zu gefährlich.“

Reporter ohne Grenzen nennt Myanmar das „zweitgrößte Gefängnis für Journalisten“ (nach China). Recherchieren geht nur noch per Internet oder Telefon. „Einmal erkannte ich an der Stimme, dass ein Rebellen-sprecher ein früherer Journalistenschüler von mir war“, berichtet Kyaw Soe. Sollte auch er sich den bewaffneten sogenannten lokalen Volksverteidigungskräften gegen das Militär anschließen? Oder den ethnischen



Ich war stolz, dass Journalist in meinem Ausweis steht. Doch an Checkpoints kann ich den nicht mehr zeigen, das ist zu gefährlich

Rebellen im Grenzgebiet? Oder ins Ausland fliehen?

Von den insgesamt 45 Journalist*innen aus Myanmar, die von 2013 bis 2019 an Workshops der Panter Stiftung in Berlin teilnahmen, ist nach dem Putsch noch etwa ein Drittel versteckt journalistisch aktiv. Ein

weiteres Drittel floh ins Ausland, oft nach Thailand. Bei einem weiteren Drittel ist der Verbleib unklar. Viele dürften den Beruf aufgegeben haben. Einer ist in Haft.

Laut der Monitoringseite *Reportingasean.net* (Stand 31. März) wurden seit dem Putsch 122 Journalisten festgenommen. 48 sind noch in Haft, 22 wurden verurteilt. Drei wurden bei der Arbeit getötet, einer starb im Gefängnis. „Wirst Du bei einer Razzia als Journalist identifiziert, wirst Du festgenommen“, sagt Kyaw Soe. Einmal konnte er sich gerade noch verstecken. Das Militär hatte die Straße mit seinem Unterschlupf abgeriegelt und durchsuchte Haus für Haus nach dort nicht gemeldeten Personen. „Ich wurde zur Gefahr für die Familie, die mich aufgenommen hatte. Ich musste weg.“ Laut einer Umfrage von *Reportingasean* unter Journalisten von Mitte März fürchten 76 Prozent um ihr Leben und 56 Prozent, dass ihre Arbeit sie nicht mehr ernähren kann.

In Deutschland hat sich Kyaw Soe auf ein Studium für internationale Journalisten beworben. Die Heimat holt ihn auch hier ein. Im Februar hat er bei der Berlinale den preisgekrönten Film „Myanmar Diaries“, der die Proteste gegen den Putsch dokumentiert. Darin ist zu sehen, wie Soldaten die Wohnung eines Journalisten beschließen, bevor sie ihn verhaften. „Das war ein Freund und Kollege von mir“, sagt Kyaw Soe.

Kerkermeister Türkei jetzt als Vermittler begehrt

Die Kritik aus Europa an Erdogans
Repression kritischer Journalisten
ist weitgehend verstummt

Von Ali Çelikkhan

Auf den ersten Blick scheint die Einschränkung der Pressefreiheit in der Türkei heute ein geringeres Problem zu sein als noch vor einigen Jahren. Das Thema macht in Deutschland keine Schlagzeilen mehr und drängt sich bei Regierungskontakten nicht mehr auf. Das kann nicht allein mit mangelndem Interesse erklärt werden. Vielmehr ist die Türkei auch nicht mehr das größte Journalistengefängnis: Die Zahl inhaftierter Journalisten dort liegt jetzt bei 18 (CPJ 2021), vor einigen Jahren lag sie bei über 100. Auch in der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen rückte die Türkei von Rang 157 (2019) auf 153 (2021) vor.

Weiterhin laufen Tausende
Prozesse gegen Hunderte
Journalisten. Viele werden auf
Bewährung entlassen, dürfen
die Türkei aber nicht verlassen

Hat Präsident Recep Tayyip Erdoğan einen Sinneswandel vollzogen? Oder gibt es in türkischen Gefängnissen keinen Platz mehr für Journalisten? Letzteres ist wahrscheinlicher. Denn laut Europarat liegt die Türkei bei der Zahl Inhaftierter pro 100.000 Einwohner knapp hinter Russland an zweiter Stelle. Und derzeit sind in der Türkei 36 neue Gefängnisse im Bau. Weiterhin laufen Tausende Gerichtsverfahren gegen Hunderte von Journalisten. Viele werden auf Bewährung entlassen, dürfen das Land aber nicht verlassen. Im Jahr 2021 wurden 115 Journalisten während ihrer Arbeit gewaltsam angegriffen (MaD Report). Im Februar 2022 wurde Güngör Arslan, Chefredakteur der Webseite *Ses Kocaeli*, vor seinem Büro erschossen. Zuvor hatte er über Korruptionsvorwürfe gegen den Bürgermeister von Kocaeli berichtet.

Es ist viel schwieriger geworden, Presseausweise zu erhalten. Der Staat entscheidet allein, wer akkreditiert wird und damit, wer überhaupt Journalist sein darf: Etwa Mitarbeiter von Propagandakanälen, die Geschäftsleuten mit engen Verbindungen zum Erdoğan-Regime gehören. Der Rest wird bestraft. Allein im Jahr 2021 verhängte der Hohe Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK) gegen fünf Medien mit oppositionellen Berichten Geldstrafen von umgerechnet fast 1,5 Millionen Euro. Nach der Verabschiedung eines neuen Internetgesetzes im Oktober 2020 wurden 1.200 Nachrichtenartikel entfernt – mehr als die Hälfte davon handelte von Korruption und Machtmissbrauch. Mehr als 150.000 Webseiten sind laut *Freeweb Turkey* gesperrt. Beim Verbot von Inhalten, die von Journalisten und Nachrichtenquellen erstellt wurden, steht die Türkei laut einer Statistik von Twitter weltweit an zweiter Stelle.

Doch warum ist die Einschränkung der Pressefreiheit in der Türkei kein Thema mehr für Europa? Einige Jahre hatte Europa die Türkei als Diktatur gesehen und behandelt. Doch vor allem nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurde die Türkei wegen ihrer geostrategischen Lage und ihrer guten Beziehungen zu beiden Konfliktparteien wieder zum hofierten Partner etwa beim diplomatischen Versuch der Durchsetzung eines Waffenstillstands. Die Türkei umwirbt russische Oligarchen, die vor westlichen Sanktionen fliehen, und verkauft zugleich Drohnen an die Ukraine.

Erdogan ist inzwischen keine Persona non grata mehr, sondern wird umworben, weshalb jede Kritik an seinem Regime zum Schweigen gebracht wird. Eine „Nebensächlichkeit“ wie Pressefreiheit ist da kein Thema mehr. Bestes Beispiel dafür ist die Entscheidung eines türkischen Gerichts, den Prozess um die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi an Saudi-Arabien zu übergeben. Der Regimekritiker war 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul im Auftrag des Regimes in Riad ermordet worden. Erdoğan hatte damals ein schlechtes Verhältnis zu Riad und erklärte, dass „die Verantwortlichen dafür bezahlen“ würden. Inzwischen hat sich das bilaterale Verhältnis aufgrund wirtschaftlicher Interessen verbessert. Jetzt sucht Erdoğan keine Gerechtigkeit mehr.

Der Autor ist freier Journalist und arbeitete beim türkisch-deutschen Medienprojekt taz gazete (2017–2020) der taz Panter Stiftung

Recht auf eine eigene Meinung

Pressefreiheit hat Voraussetzungen. Ein Recht auf „eigene Fakten“ zählt nicht dazu

Von Steffen Grimberg

Presse- und Meinungsfreiheit sind die Basis jeder demokratischen Gesellschaft. Ohne gesellschaftlichen Pluralismus ist Pressefreiheit nicht denkbar, Debatten und der Streit um Meinungen und Haltungen gehören unbedingt dazu. Denn die eine Wahrheit gibt es nicht. Wohl aber Spielregeln, ohne die Presse- und Meinungsfreiheit nicht möglich sind. Dazu gehört der Grundsatz, dass jeder ein Recht auf eine eigene Meinung hat – aber nicht auf eigene Fakten. Wer das leugnet, hebt die Pressefreiheit aus.

Zur ihr gehört auch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Journalist*innen müssen ihre Rechte im Konfliktfall juristisch durchsetzen können – etwa das Recht auf Auskunft. Genauso gehört dazu, dass sich Dritte gegen von ihnen als unzulässig empfundene Berichterstattung juristisch wehren können. Für faire Entscheidungen braucht es hier eine unabhängige Justiz und eine Verankerung der Presse- und Meinungsfreiheit in den von der Verfassung garantierten Grundrechten. Sonst drohen politische oder wirtschaftliche Einflussnahme und staatliche Willkür. Die Organisation Reporter ohne Grenzen bringt es auf den Punkt: „Wo Medien nicht über Unrecht, Machtmissbrauch oder Korruption berichten können, findet auch keine öffentliche Kontrolle statt, keine freie Meinungsbildung und kein friedlicher Ausgleich von Interessen.“

Wettbewerb gehört dazu

Garant für Pressefreiheit ist auch ein publizistischer Wettbewerb. Idealerweise bietet er die Grundlage für gesellschaftliche Debatten und demokratische Entscheidungsfindung. Deshalb holt der Rückgang publizistischer Vielfalt, wie wir ihn aktuell vor allem im Lokalen und Regionalen erleben, langfristig die Pressefreiheit aus. Denn so versanden gesellschaftliche Debatten oder drohen sich in Räume zu verlagern, wo Prinzipien von Meinungsfreiheit, Fairness und Faktentreue nicht gelten.

Nehmen mediale Auswahl und publizistische Vielfalt ab, wird die „innere Pressefreiheit“ immer wichtiger. Sie garantiert die redaktionelle Unabhängigkeit vor Eingriffen privater Medieneigentümer, aber auch vor Vorgaben von Stiftungen und Mäzenen. Sie muss durch Redaktionsstatute und Mitspracherechte der Mitarbeitenden abgesichert werden. Da steht Deutschland noch am Anfang.

Der Autor ist freier Medienjournalist und Vorsitzender des Journalistenverbands Berlin-Brandenburg (DJV BB)

impresum

Redaktion: Sven Hansen
Redaktion Kunst: Karoline Bofinger
Mitarbeiter: Konny Gellenbeck
Layout: Nadine Fischer

Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Konstantin Potapov, Russland

Konstantin Potapov hat Buchillustration an der Moskauer Staatlichen Universität für Druckkunst studiert und war nach seinem Umzug nach Berlin 2013 Meisterschüler für visuelle Kommunikation an der Kunsthochschule Weißensee. Heute lebt er als Zeichner, Maler, Grafiker und Comic-Autor in Berlin.

konstantinpotapov.com

Gründerwelle im Journalismus

In Deutschland reißen Lücken in der journalistischen Berichterstattung auf, doch die klassischen Medienmodelle können sie nicht mehr schließen. Auch deshalb ist es Zeit für neue Finanzierungsformen

Von David Schraven

Vor dem Hintergrund erodierender Geschäftsmodelle und fortgesetzter Digitalisierung ist der privatwirtschaftliche Journalismus in Deutschland vielen Bedrohungen ausgesetzt: durch den Sparkurs bei Verlagen und Sendern, durch Konzentrationsprozesse und reduzierte Angebote der Lokal- und Regionalberichterstattung, durch wachsenden Einfluss von Public Relations, durch prekäre Arbeitsbedingungen von Journalisten und Journalistinnen. Die Vielfalt der Lokalberichterstattung erodiert. Die neuen Lücken im privatrechtlichen Journalismus können öffentlich-rechtliche Strukturen nicht ausgleichen. Sie sind auf Produktionsformen im Rundfunk und Fernsehen ausgelegt und dürfen ihre Ressourcen nicht für lokales Medienmachen zweckentfremden. Die öffentlich-rechtlichen Strukturen sind deshalb nicht geeignet, gerade im lokalen Bereich für Ausgleich zu sorgen. Weder ARD noch ZDF können vielfältige Berichterstattung vor Ort in Wanne-Eickel, Glücksburg oder Zwickau garantieren.

Die Entwicklung neuer, Ersatz anbietender Standbeine ist also dringend. Im Ausland sehen wir bereits Gründungen verschiedenster gemeinnütziger Angebote. Communityorientierte Medien wie *De Correspondent* in den Niederlanden oder gemeinnützige Rechercheplattformen wie *ProPublica* sorgen für „eine weltweite Renaissance“ des investigativen Journalismus, wie Mark Lee Hunter, Journalismusforscher und

Investigativjournalist schreibt. Non-Profit-Organisationen seien die Treiber. Viele verstehen sich als „Watchdog“. Sie wollen Machtmissbrauch, Korruption und Fehlentscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufdecken.

Auch in Deutschland ist es Zeit, neue Formen auszuprobieren, um Medienvielfalt zu bewahren und den Gründergeist im Journalismus zu stärken. Hier lässt sich ermutigende Experimentierfreude beobachten. *Krautreporter* oder die *taz* haben mit Genossenschaften gute Erfahrungen gemacht, die Leser und Leserinnen in Finanzierung und

Gemeinnützige Journalismusmodelle brauchen dringend Rechtssicherheit

Entwicklung von Medienangeboten einbinden. Die enge Bindung zu den Nutzern ermöglicht eine Entwicklung von Angeboten, die unter klassisch marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten kaum Chancen hätten.

Dazu entwickeln gemeinnützige Initiativen wie das Recherchezentrum Correctiv, die *Kontext*-Wochezeitung, Finanztip.de oder Netzpolitik.org große Triebkraft. Gemein ist diesen Pionieren im deutschen Non-Profit-Journalismus jedoch, dass sie ihre Gemeinnützigkeit nur über Umwege erreichen konnten – Rechtssicherheit gibt es bisher nicht.

Correctiv bietet neben journalistischer Arbeit auch Weiterbildung samt Online-Lernplattform für Bürger und ist unter anderem über den Förderzweig „Bildung“ anerkannt. Netzpolitik.org und Finanztip.de sind auf den Förderzweig „Verbraucherschutz“ spezialisiert.

Gemeinnützige journalistische Organisationen brauchen dringend Rechtssicherheit. Erst durch Verankerung des Journalismus als gemeinnützigen Zwecks in der Abgabenordnung könnten sich noch mehr Neugründungen auf alle relevanten journalistischen Fragen konzentrieren; Lücken in der Berichterstattung könnten besser geschlossen werden. Neue Finanzierungswege jenseits bisher üblicher Geschäftsmodelle würden die Kritik- und Kontrollfunktion des Journalismus stärken und die Meinungsbildung in der Demokratie beleben. Über Bürgerstiftungen oder spendengetriebene Community-Finanzierung könnten im Lokalen neue Finanzquellen eröffnet werden. Aktuell sind weniger als 5 Prozent aller Stiftungen im Journalismus aktiv. Würde Rechtssicherheit gewährt, könnten viele weitere Mittel mobilisiert werden.

Dabei ist der Eingriff in den Markt gering einzuschätzen, wie Professor Peter Fischer feststellte. Der frühere Vorsitzende Richter am Bundesfinanzhof hat dies in einem Rechtsgutachten festgestellt, das er für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verfasst hat. Wie bei privatrechtlichen Angeboten müssten auch spendengetriebene Medien dafür sorgen, dass ihnen Bürger und Bür-

gerinnen vertrauen und freiwillig Geld geben. Sie können also nicht an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiproduzieren, ohne pleite zu gehen.

Auch Verdrängungseffekte sind nicht zu befürchten. Gemeinnützige Angebote dürfen nur umgesetzt werden, wenn sie den Markt nicht verzerren, schreibt das Gemeinnützigkeitsrecht vor. Unrechtmäßige Bereicherung ist ebenfalls ausgeschlossen. Gemeinnützige Angebote müssen selbstlos sein. Eventuelle Gewinne dürfen nur in die Projekte selbst investiert werden. Dabei müssen die Angestellten in gemeinnützigen Betrieben nicht auf Lohn verzichten. Sie dürfen wie Angestellte in privatrechtlichen Organisationen auf angemessene Gehälter bestehen.

Die Bundesregierung hat die Einführung des gemeinnützigen Journalismus in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Demnächst wird über die Umsetzung beraten. Sollte gemeinnütziger Journalismus in Deutschland breit eingeführt werden, kann er neue Ressourcen mobilisieren. Dies würde nicht nur bestehenden gemeinnützigen Angeboten oder genossenschaftlichen Modellen nützen – sie würden abgesichert. Vor allem würde die neue Gesetzgebung helfen, eine Gründungswelle in Deutschland anzustoßen, in der viele neue lokale Angebote eine Chance bekommen.

Der Autor ist Gründer und Publisher des gemeinnützigen Recherchezentrums Correctiv und Vorsitzender des Forums Gemeinnütziger Journalismus



taz panterstiftung

Dialog trotz Krieg!

Um diejenigen zu ermutigen, die sich in ihren Ländern für eine freie Presse einsetzen, unterstützen wir Journalist*innen aus der Ukraine, Russland und Belarus.

Danke für Ihre Unterstützung!

Spendenkonto der taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum/BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

www.taz.de/spenden



Gut 100 Mitwirkende aus 20 Ländern

Afghanistan bis Vatikan

Der Eintritt ist frei

Schutzschirm für verfolgte Journalist*innen

Leser*innenfinanzierter Journalismus

Türkei: Pressefreiheit unter Druck

Medienkonzentration in Frankreich

Fotos von Gideon Mendel

Comics von LMD

Unterstützt von der Taz Panter Stiftung,

in Kooperation u.a. mit der taz und Le Monde diplomatique

**Journalismusfest
Innsbruck
Internationale
Tage der
Information**



13. | 14. | 15. Mai 2022

www.journalismusfest.org